Palästina

Uno-Beobachter nach Hebron?

Die israelische Regierung erwägt, der Stationierung eines Kontingents von Vertretern der Vereinten Nationen in der Westbank-Stadt Hebron zuzustimmen. Ähnlich wie nach dem Massaker in der Ibrahim-Moschee vor eineinhalb Jahren, als ein israelischer Siedler 29 betende Moslems erschoß, sollen Uno-Beobachter gewaltsame Ausschreitungen zwischen Israelis und Palästinensern in Hebron verhindern. Israels Außenminister Schimon Peres will PLO-Chef Jassir Arafat zusätzlich die Einrichtung getrennter Sicherheitszonen in Hebron vorschlagen. So sollen israelische Polizisten den Teil der Stadt kontrollieren, in dem die 400 jüdischen Siedler wohnen, während palästinensische Polizisten für Ordnung in den rein arabischen Bezirken der 140 000 Einwohner zählenden Stadt sorgen könnten. Der Streit um den Schutz für Hebrons Siedler ist die schwierigste Hürde vor der Unterzeichnung des Interimsabkommens, das den Weg für Wahlen zum Palästinensischen Rat freimachen soll. Arafat besteht gegenwärtig noch auf einer buchstabengetreuen Einhaltung des Oslo-Abkommens. Darin verpflichtet sich Israel, vor diesen Wahlen alle israelischen Sicherheitskräfte aus palästinensischen Dörfern und Städten des Westjordanlandes abzuziehen. Israel scheut sich, die jüdischen Siedler, die schon Widerstand angedroht haben, gewaltsam aus Hebron zu entfernen. Vergangene Woche versuchte der amerikanische Nahost-Unterhändler Dennis Ross, Arafat zu einem Kompromiß zu bewegen. Ross versprach dem PLO-Chef, sich um die Begleichung des palästinensischen Haushaltsdefizits zu kümmern. Die US-Regierung, die außenpolitische Erfolge vorweisen möchte, drängt auf eine rasche Unterzeichnung des Abkommens, die mit großem protokollarischem Aufwand Mitte September in Washington begangen werden soll.

S. ARAD / CONTACT PRESS

Israelische Patrouille in Hebron

Schweden

Ausverkauf von Ferienhäusern

Die südschwedische Waldlandschaft verkommt immer mehr zu einer „deutschen Kolonie“, wie Stockholmer Zeitungen fürchten. Allein im dünn besiedelten Regierungsbezirk Kronoberg kauften Ausländer im vergangenen Jahr 308 Ferienhäuser, 70 Prozent gingen an Deutsche. Angelockt wurden die neuen Besitzer von der unberührten Natur und der friedlichen Stille. Dafür sind sie auch bereit, mehr zu zahlen als ihre schwedischen Nachbarn. In Älmhult etwa, Hauptsitz von Ikea, lag der durchschnittliche Hauspreis für Deutsche um 60 Prozent über dem Immobilienindex der Gemeinde. Gleichwohl erstehen die Ausländer ihre Immobilien noch vergleichsweise preiswert mit 40 000 bis 60 000 Mark. Auch weiter im Norden Schwedens kaufen sich die Deutschen ein. In Värmland, Heimat der Nationaldichterin Selma Lagerlöf, befürchten die Behörden eine Umwandlung ganzer Gemeinden in „Deutschendörfer“.

ACTION PRESS

Ferienhaus in Schweden

Indien

Revolution mit neuen Namen

Patriotische Politiker und Hindu-Nationalisten haben ein Betätigungsfeld für ihren nationalen Eifer entdeckt: die politisch korrekte Umbenennung von Städten, Straßen und Plätzen – oft im Gedenken an die Polit-Dynastie der Nehrus und Gandhis. Obwohl der Name der 1984 ermordeten Premierministerin Indira Gandhi in Neu Delhi bereits den Flughafen, eine Universität, eine Sporthalle und mehrere Straßen ziert, wurde jetzt der nach einem englischen Herzog lautende Connaught Place umgetauft: Das Geschäftszentrum („Delhis Manhattan“) heißt jetzt Rajiv- und Indira-Platz. Die Abkehr von der kolonialen Namensgebung hat auch religiöse Fanatiker auf den Plan gerufen: Städte mit islamischen Ortsnamen, wie Allahabad oder Faisabad, sollen hinduistische Bezeichnungen erhalten.

Kurden

PKK-Propaganda gegen „Weltmacht Zionismus“

Die in der Bundesrepublik und der Türkei verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die bislang als kommunistische Organisation galt und von deutschen Linksextremisten unterstützt wird, vollzieht eine Wende ins Völkisch-Nationalistische und verbreitet antijüdische Propaganda. Die PKK-nahe Zeitung *Yeni Politika* behauptete, der Begründer der türkischen Republik, Mustafa Kemal Pascha (Atatürk), sei höchstwahrscheinlich „ein vom Judentum Konvertierter“ gewesen. Der „Zionismus“, so verbreitete das Blatt, sei „eine Weltmacht, eine geheime, herrschende Macht“, die „auch beim Zusammenbruch des realen Sozialismus“ eine „maßgebliche Rolle“ gespielt habe. Der im Raum Damaskus residierende PKK-Chef Abdullah Öcalan – von seinen Anhängern respektvoll Apo (Onkel) genannt – hat in einem Interview mit *Yeni Politika* erklärt, Israel schmiede „in bezug auf die Kurden strategische Pläne“. So verfolge der jüdische Staat das Ziel, „die Entwicklung in den kurdischen Gebieten unter eigene Kontrolle zu bringen“. Der türkische Krieg gegen die Kurden, so behauptete Öcalan, werde „mit geheimer Unterstützung Israels“ geführt.